

An den Schnittstellen zwischen Archiv und Gesellschaft

Herausgegeben von Christian Keitel und Gerald Maier

2024

Jan Thorbecke Verlag

VERLAGSGRUPPE PATMOS

PATMOS
ESCHBACH
GRUNEWALD
THORBECKE
SCHWABEN
VER SACRUM

Die Verlagsgruppe
mit Sinn für das Leben



Die Verlagsgruppe Patmos ist sich ihrer Verantwortung gegenüber unserer Umwelt bewusst. Wir folgen dem Prinzip der Nachhaltigkeit und streben den Einklang von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Sicherheit und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen an. Näheres zur Nachhaltigkeits-Strategie der Verlagsgruppe Patmos auf unserer Website www.verlagsgruppe-patmos.de/nachhaltig-gut-leben

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2024 Jan Thorbecke Verlag und Landesarchiv Baden-Württemberg

Verlagsgruppe Patmos in der Schwabenverlag AG, Ostfildern

www.thorbecke.de

Lektorat: Lydia Christine Michel, Landesarchiv Baden-Württemberg

Umschlaglayout: Bureau Johannes Erler, Hamburg

Satz: Offizin Scheufele Druck & Medien GmbH & Co. KG, Stuttgart

Druck: CPI books GmbH, Leck

Hergestellt in Deutschland

ISBN 978-3-7995-2080-5

Inhalt

<i>Christian Keitel und Gerald Maier</i> Zum Geleit	7
<i>Wolfgang Zimmermann</i> Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Landesarchiv Baden-Württemberg. Vom parlamentarischen Auftrag zur archivischen Ausgestaltung	9
<i>Cornelia Wenzel</i> Politik & Protest – Bewegungen zwischen Kurzlebigkeit und Langzeitarchivierung	15
<i>Udo Schäfer</i> Rechtsstaat – Republik – Demokratie. Zur rechtlichen Dimension öffentlicher Archive ..	21
<i>Jakob Wübner</i> Archivrechtliche Schlaglichter auf fünf Jahre DSGVO im EU-Raum	33
<i>Wolfhart Beck</i> Wie das Archiv zum Lernort wurde – und wird. Initiativen, Netzwerke, Strukturen	47
<i>Kai Wambach</i> Chancen an der Schnittstelle des Unmöglichen – Archive als Kommunikationsorte der Wiedergutmachung	59
<i>Katharina Tiemann</i> Beispiel Heimerziehung – Personenbezogene Recherchen als Beitrag der Archive zur Aufarbeitung von Unrecht	73
Autorinnen und Autoren	83

Zum Geleit

VON CHRISTIAN KEITEL UND GERALD MAIER

Was sind „Archive“? Diese Frage wird in den letzten Jahren wieder häufiger gestellt und die Antwort fällt schwer, denn ein zentrales Merkmal von Archiven scheint darin zu bestehen, dass sie sich in verschiedener Hinsicht gleichzeitig nach außen hin abgrenzen und dazugehören. Die Schnittstelle, also der Ort, an dem bislang Zusammengehörendes getrennt wird, an dem es sich aber auch erneut begegnet, steht so sinnbildlich für Archive.

Archive sind schon immer ein Bestandteil ihrer Gesellschaft gewesen. Zugleich stehen sie ihr auch gegenüber, wenn sie die Dokumente aus ihrer aktiven „Produktionsumgebung“ herauslösen, in ihre Magazine legen und so ihr Gedächtnis sind. Auch Archivarinnen und Archivare sind Kinder ihrer Zeit. Zugleich haben sie eine Perspektive auf künftige Gesellschaften, die weit in die Zukunft reicht. Sie übernehmen heute Unterlagen und hoffen, dass diese in fünf, fünfzig oder auch fünfhundert Jahren das Interesse ihrer Nutzerinnen und Nutzer erwecken oder gesellschaftliche Relevanz haben. Sie erschließen heute mit den Worten des frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts und hoffen, dass die Worte auch in fernerer Zukunft noch verstanden werden. Mit Blick auf manche aus heutiger Sicht abwertenden und rassistischen Begrifflichkeiten früherer Fachkollegen erscheint diese Hoffnung nicht ganz trivial. Zu der bereits geschilderten Komplexität kommt daher neben dem Blick in die Zukunft auch die Reflexion der Vergangenheit. Außerdem muss die Aufgabe der Bestandserhaltung kontinuierlich von jeder Generation im Archiv neu angegangen werden, damit zum Zeitpunkt der Nutzung die Dokumente nicht nur gelesen werden können, sondern ihnen dann auch Glauben geschenkt wird. Die Nutzerinnen und Nutzer schließlich kommen nicht erst in fünfhundert Jahren, sondern auch schon morgen und übermorgen in die Archive, um nach dem Stück Geschichte zu suchen, das sie interessiert. Nicht selten ist es dann auch ein Teil ihrer eigenen Geschichte. In gewisser Hinsicht sind sie so alle Historikerinnen und Historiker, manchmal wissenschaftlich ausgebildete, manchmal auch auf anderem Weg zur Geschichte gekommene.

Wenn also Menschen von außerhalb zu den Archiven kommen, geht es nicht zuletzt darum, dass die Archivarinnen und Archivare einerseits ihre Häuser weitest möglich öffnen und zugleich auch darum, dass sie die jeweils andere Seite und vor allem den Blick auf die Zukunft in die Begegnung mit einfließen lassen. Mit diesen Worten möchten wir auch die Kernüberzeugungen unseres Kollegen Clemens Rehm ansprechen, die er während seines Berufslebens im Landesarchiv Baden-Württemberg ebenso beharrlich wie erfolgreich verfolgt hat. Clemens Rehm hat im deutschen Archivwesen bleibende Spuren hinterlassen, denen wir am 27. April 2023 auf einer in diesem Band dokumentierten Tagung im Generallandesarchiv Karlsruhe nachgegangen sind. Nicht ganz zufällig konnten wir die Beiträge den Themenbereichen der Politik, des Rechtsstaats und der Zivilgesellschaft zuordnen. Alle Beiträge der Tagung haben Eingang in diesen Band gefunden.

Gleich zwei Beiträge dieses Bandes behandeln Aufgaben, die zunächst im weiten Feld der Politik entstanden sind, die aber ohne eine Verankerung in den Archiven nicht dauerhaft bearbeitet werden können. Die deutsche Geschichte verpflichtet uns, rechtsextremen Tendenzen besonders aufmerksam nachzugehen. Der gesellschaftliche Diskurs darüber ist darauf angewiesen, dass einschlägige Dokumente und Informationen aufgefunden und in ihren jeweiligen Kontexten verortet werden können. Wolfgang Zimmermann berichtet, wie im Landesarchiv am Standort Generallandesarchiv Karlsruhe dafür die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingerichtet wurde. Cornelia Wenzel führt im Anschluss aus, wie im Feld der Protestbewegungen die Bedarfe an Dokumentation zum Aufbau der Archive sozialer Bewegungen geführt haben. Auch hier ist es schlechterdings undenkbar, wie diese Phänomene ohne die Sicherung der Dokumente und Informationen in Archiven dauerhaft untersucht und diskutiert werden können.

Es sind aber nicht nur die volatilen öffentlichen Diskurse, für die die Archive wichtig sind. Udo Schäfer zeigt in seinem Beitrag, dass die Archive schon längst vom Gesetzgeber als konstitutiver Teil unseres Gemeinwesens betrachtet werden. Von diesem Gemeinwesen bekommen die Archive allerdings immer wieder neue Aufgaben gestellt, die sie dann intern umsetzen müssen. Jakob Wührer untersucht daher exemplarisch die Auswirkungen der europarechtlichen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Der letzte Themenblock der Tagung und dieses Bandes behandelt die Schnittstelle zur Zivilgesellschaft. Wolfhart Beck geht der Entwicklung der Archivpädagogik und damit der Frage nach, wie Archive und Archivgut an Kinder und Jugendliche vermittelt werden können. Kai Wambach skizziert, wie die Archive durch die sogenannten Wiedergutmachungsakten zu Orten werden können, an denen sich die deutsche Gesellschaft über ihre eigene Geschichte verständigt. Katharina Tiemann berichtet über die Recherchen der Archive für die ehemaligen Heimkinder und auch hier geht es letztlich um die Schnittstelle zwischen Archiv und Gesellschaft.

Die Herausgeber danken allen Autorinnen und Autoren herzlich für ihre treffenden Beiträge zu den verschiedenen Schnittstellen zwischen Archiv und Gesellschaft. Dem Generallandesarchiv Karlsruhe, namentlich seinem Leiter Professor Dr. Wolfgang Zimmermann, gilt unser Dank für die Organisation der Tagung vor Ort. Ebenso danken wir Lydia Christine Michel für die redaktionelle Durchsicht und die umsichtige Betreuung bei der Fertigstellung des Bandes. Nicht zuletzt danken wir Dr. Clemens Rehm für die vielen Impulse, die er uns als Kollege, Leiter der Abteilung „Archivischer Grundsatz“ und Stellvertretender Präsident für die weitere Arbeit im Landesarchiv mitgegeben hat.

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Landesarchiv Baden-Württemberg. Vom parlamentarischen Auftrag zur archivischen Ausgestaltung

VON WOLFGANG ZIMMERMANN

Die Themenstellung des vorliegenden Tagungsbandes führt in das Zentrum einer Strategiedebatte, die in den letzten drei Jahrzehnten die archivische Fachwelt bewegt hat. Auf dem 64. Deutschen Archivtag in Augsburg diskutierten im Jahr 1993 die Kolleginnen und Kollegen in zwei Arbeits-sitzungen über den *Auswertungsauftrag der Archive*. In seinem programmatischen Einleitungs-vortrag plädierte Wilfried Schöntag für eine Aufgabenkritik, die eine Konzentration der staat-lichen Archivverwaltungen auf *Kernaufgaben* zum Ziel haben sollte.¹ Gerade der archivische *Ausstellungs- und Bildungsbereich* wurde von dem Autor kritisch hinterfragt, und mit einer Dif-ferenzierung der archivischen Handlungsfelder in *Kern- und Sonderaufgaben* wurden deutliche Priorisierungen vorgenommen. Der *Auswertungsauftrag* der Archive, also das Engagement in der historischen Forschung, verbunden mit einer spezifischen Form der Öffentlichkeits- und Ver-mittlungsarbeit, stand aus der Sicht des Referenten *nicht mehr mit den derzeitigen Vorstellungen von Funktionalität und Arbeitsteilung in der Gesellschaft in Übereinklang*.²

Eine Gegenposition nahm Clemens Rehm auf einer Fachtagung in Stuttgart im Februar 1997 ein.³ Unter dem – ebenfalls programmatischen – Titel *Spielwiese oder Pflichtaufgabe? Archivische Öffentlichkeitsarbeit als Fachaufgabe* stellte er den Öffentlichkeitsbezug archivarischer Tätigkeit in verschiedenen Handlungsfeldern als konstitutiv für das eigene Selbstverständnis in das Zen-trum. Er rekurrierte dabei auf einen Begriff der Öffentlichkeit, wie ihn der Philosoph und Sozio-loge Jürgen Habermas bereits 1962 in seinem grundlegenden Werk *Strukturwandel der Öffent-lichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* entwickelt hatte und wie er 1969 auf dem Deutschen Archivtag in Kiel durch Hans Booms aufgegriffen worden war.⁴ Booms forderte, dass sich Archive nicht mehr nur als Quellenreservoir für die historische For-schung sehen sollten, sondern ihre Arbeit als konstitutiven Bestandteil einer offenen Gesellschaft zu verstehen hätten. Die *egalitäre Teilhabe am archivischen Informationsspeicher* wurde als gesell-

¹ Tagungsdokumentation von Wilfried Schöntag: Der Auswertungsauftrag an die Archive. Fragen aus staat-licher Sicht. In: Der Archivar 47 (1994) Sp. 31–39.

² Ebd., S. 37.

³ Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 des VDA, 13. Februar 1997 in Stuttgart-Hohenheim, abgedruckt in: Der Archivar 51 (1998) Sp. 205–218.

⁴ Hans Booms: Öffentlichkeitsarbeit der Archive. Voraussetzungen und Möglichkeiten. in: Der Archivar 23 (1970) S. 17–31.

schaftspolitische Aufgabe eines zeitgemäßen Archivwesens formuliert, in einer Zeit, so Hans Booms, *wo uns inzwischen aufgegeben ist, mehr Demokratie als bisher zu verwirklichen*⁵ – der Historiker hört die Reminiszenz an die erste Regierungserklärung von Willy Brandt aus dem Oktober 1969 deutlich heraus. Booms Beitrag versteht sich als starkes Plädoyer gegen die *korrumperende Selbstverleugnung* von Archivarinnen und Archivaren, die sich als selbstlose *Lieferanten* für die Geschichtswissenschaft verstanden. Diesem Selbstbild stellte er das Archiv als *wissenschaftlich-historische Dokumentationsstelle [...] und [...] historisch-politische Informationsstelle für jedermann* entgegen.⁶

Folgt man dieser Argumentation, so ist festzuhalten: Archive sind konstitutiver Teil einer demokratisch begründeten, offenen Wissensgesellschaft. Sie haben immer wieder neu ihre Position an den Schnittstellen zu Politik, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft auszuloten und zu verhandeln. Dies ist keine Spielwiese von Archivarinnen und Archivaren, die sich nicht ausgelastet fühlen, sondern eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Mit dieser These ist zugleich der Ort markiert, an dem sich die neue Dokumentationsstelle Rechtsextremismus verortet. Sie wurde im Frühjahr 2020 im Generallandesarchiv Karlsruhe, einer Abteilung des Landesarchivs Baden-Württemberg, eingerichtet. Den Ausgangspunkt für die Schaffung dieser neuen Einrichtung bildeten die Ergebnisse einer Enquete-Kommission und von zwei Untersuchungsausschüssen des Landtags von Baden-Württemberg in der 15. und 16. Wahlperiode. Der Schlussbericht mit einer umfangreichen Liste von Handlungsempfehlungen wurde mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der SPD und der FDP durch den Landtag angenommen.⁷ Eine der Empfehlungen war die Gründung eines *Instituts für (Rechts-) Extremismusforschung* als *Anlaufstelle für die Erforschung und Dokumentation rechtsextremistischer Strukturen [...]. Aufgabe wäre ebenfalls die Sammlung, Auswertung und Zurverfügungstellung von Materialien und Wissen zum Thema Rechtsextremismus*.⁸

Die Landesregierung setzte diese Handlungsempfehlung um, indem sie Forschung und Dokumentation in zwei Bereiche trennte: das Generallandesarchiv in Karlsruhe erhielt 2020 den Auftrag, die *Dokumentationsstelle Rechtsextremismus* aufzubauen. Das universitäre Institut zur Erforschung des Rechtsextremismus wurde nach einem Wettbewerb unter den Universitäten des Landes 2023 Tübingen übertragen. Die Karlsruher Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) und das Tübinger Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) werden auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung eng zusammenarbeiten. Der Aufbau der Dokumentationsstelle startete im Frühjahr 2020. Mit der Tagung *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*⁹ trat die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Januar 2021 erstmals an die Fachöffentlichkeit. Zuvor waren in einem Expertenhearing im November 2020 Konzeption und

⁵ Ebd., S. 22

⁶ Ebd., S. 19.

⁷ Landtagsdrucksache 16/5250, Bd. 1, S. 1063, Nr. 25.

⁸ Ebd.

⁹ Tagungsdokumentation: Rechtsextremismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. von Wolfgang Zimmermann. Stuttgart 2022.

finanzielle Ausstattung der jungen Einrichtung diskutiert worden. Mit dem Staatshaushaltsplan für die Jahre 2022/23 wurde die DokRex, die zuvor über Projektmittel finanziert worden war, in einer ersten Ausbaustufe dauerhaft abgesichert.

Die Quellengrundlage für die Arbeit der DokRex bildet die umfangreiche Sammlung des renommierten, mit zahlreichen Preisen ausgezeichneten Journalisten Anton Maegerle, der nach massiven Drohungen gegen seine Person ausschließlich unter diesem Pseudonym publiziert. Er hat seit den frühen 1980er Jahren systematisch eine Sammlung zum Rechtsextremismus in Deutschland (und darüber hinaus) angelegt. Mit rund 2500 Ordnern, einer Datenbank mit mehr als 2 Millionen Einträgen sowie einem großen Bestand an Periodika und Einzelschriften aus dem Bereich der extremen Rechten gilt die Sammlung als eine der größten ihrer Art in Deutschland. Maegerle übertrug sie als Schenkung an das Generallandesarchiv Karlsruhe. Mit der Schenkung an ein öffentliches Archiv war zugleich ein Perspektivwechsel verbunden. Die Materialsammlung ist künftig nicht mehr das (interne) Arbeitsinstrument eines Journalisten, sondern wird zum (gesellschaftlichen) Informationspool, der nach den Regeln des Landesarchivgesetzes grundsätzlich allen offensteht – natürlich unter Beachtung der entsprechenden Schutz- und Sperrfristen von Archivgut.

Die Materialsammlung von Anton Maegerle wurde in der DokRex nicht *historisiert*, also als ein in sich abgeschlossener Bestand in Form eines Vorlasses behandelt. Vielmehr bekam die Dokumentationsstelle den Auftrag, die Recherchetätigkeit fortzusetzen. Der Arbeit liegt ein weites Verständnis von *rechtsextrem* zugrunde. Es orientiert sich an den Begrifflichkeiten und Bedürfnissen von Forschung und Bildungsarbeit. Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus agiert also nicht in den fest definierten Kategorien des *Rechtsextremistischen*, wie sie für Staats- und Verfassungsschutz vorgegeben und rechtlich fixiert sind sowie auch immer wieder gerichtlich überprüft werden.

Im Fokus der Arbeit der DokRex stehen Einzelpersonen, Publikationen, Organisationen und Parteien sowie der offene Bereich der sozialen Netzwerke und entsprechender Plattformen im Internet.¹⁰ Der inhaltliche Dokumentationsbereich bewegt sich vom rechtskonservativen hin bis ins rechtsextreme, neonazistische oder gar rechtsterroristische Spektrum. Dabei ist es entscheidend, nicht nur die im engeren Sinn rechtsextremen Akteure in den Blick zu nehmen, sondern auch den breiten *Erosionsbereich* hin zum Rechtsextremismus, politikwissenschaftlich als *Scharnierfunktion* (Wolfgang Gessenharter), *Brückenspektrum* (Armin Pfahl-Traughber) oder *Grauzone* (Klaus Schönkäs) eingeordnet, zu analysieren. In deren Mittelpunkt steht die *Neue Rechte* aus dem Umfeld der *Konservativen Revolution* in der Tradition entsprechender Akteure in der Weimarer Republik. Ziel dieser akademisch-intellektuellen Ausprägung antidemokratischen Denkens ist, rechtsextreme Ideologieelemente in den demokratischen Diskurs hereinzutragen, um langfristig eine kulturelle Hegemonie zu erreichen. Zum ideologischen Pool dieser *Neuen Rechten* gehören Elemente wie ein Freund-Feind-Politikverständnis, die Annahme der natür-

¹⁰ Die folgenden Ausführungen beruhen auf einem ausführlichen Fachkonzept der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus, an dem Clemens Rehm intensiv mitgearbeitet hat. Ihm sei an dieser Stelle nochmals herzlich dafür gedankt.

lichen Ungleichheit der Menschen, Eintreten für Ethnopluralismus und der Kampf gegen vermeintlichen Multikulturalismus. Ein Merkmal kann auch Antisemitismus, insbesondere in Form von sogenannter Israelkritik sein.

Rechtsextremismus wird als *Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten*¹¹ verstanden. Dazu zählen etwa die Agitation gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland und dessen Repräsentanten (Stichwort: Delegitimierung des Systems). Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt derjenige, der Parlamentarismus und das demokratische politische System verächtlich macht. Verstöße von Rechtsaußen gegen die Menschenwürde und gegen das Demokratieprinzip, ausgeübt von Personen oder Parteien, wertet die DokRex ebenso als rechtsextrem.

Für die Dokumentationsstelle ist dieser erweiterte Begriff von Rechtsextremismus notwendig, weil nur so diejenigen gesellschaftlichen Felder ausgeleuchtet werden können, in denen rechte Akteure agitieren und entsprechende Netzwerke entstehen, in denen niedrigschwellig rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen verbreitet werden. Rechtsextremismus ist kein Nischenthema, sondern Indikator und gesellschaftlicher Resonanzraum für völkische, rassistische, antidemokratische und antiwestliche Haltungen auch Nicht-Radikaler.

Gerade die Dokumentation dieser Aktionsräume (Bildungszentren, rechtskonservative Foren mit Scharnierfunktion zur extremen Rechten, Verlage, Konzerte u. a.), die vielfach – auch ganz bewusst – ohne klare Abgrenzung zum Extremismus rechtem Gedankengut und rechten Einstellungen einen Boden bereiten, ermöglicht das frühzeitige Erkennen von antidemokratischen Prozessen. Die damit verbundenen „grenzwertigen“ Phänomene (z. B. Querdenker, antizionistische Israelkritik) sind daher wesentlicher Teil des Dokumentationsspektrums. Eine solche Betrachtungsweise der fließenden Übergänge von rechtspopulistischen hin zu radikaleren Einstellungen spiegelt sich übrigens auch in den Biografien der Akteure.

Für die Arbeit der DokRex sind drei Handlungsfelder konstitutiv, die in den Schlagworten *dokumentieren – analysieren – sensibilisieren* prägnant zusammengefasst sind.

dokumentieren: Die DokRex wertet zeitnah und umfassend analoge und digitale Quellen aus. Dafür sind rechte Veröffentlichungen ebenso zu berücksichtigen wie Unterlagen, die von Organisationen und Gruppen stammen, die sich „gegen rechts“ engagieren, oder die Sichten der Opfer bzw. Opfergruppen widerspiegeln. Derzeit wächst der Quellenbestand wöchentlich um rund 300 Datensätze.

Dokumentation und Monitoring umfassen den Erwerb von Printpublikationen, Periodika einschließlich grauer Literatur aus dem Bereich der extremen Rechten, eine systematische Internetrecherche, die Beobachtung der sozialen Netzwerke, die Sammlung audiovisuellen Materials sowie den Aufbau einer Forschungsbibliothek. Die Dokumentationsstelle ist Sicherungsort für

¹¹ Vgl. Richard Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007 (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2008: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41312/wann-spricht-man-von-rechtsextremismus-rechtsradikalismus-oder-neonazismus/>).

einschlägige Nachlässe, die sie aktiv einwirbt. In ihrem Dokumentationsprofil berücksichtigte sie die Aktivitäten der freien Archivszene.

analysieren: Die DokRex bleibt nicht bei der reinen Sammlung von Materialien stehen. Sie analysiert die aktuellen Entwicklungen. Durch den großen Quellenfundus ist es ihr möglich, aktuelle politische Phänomene in größere zeitliche Kontexte einzuordnen. Der reiche Fundus an Informationen zu einzelnen Personen ermöglicht umfassende Netzwerkanalysen.

teilen und *sensibilisieren:* Die DokRex teilt ihr Wissen. Sie versteht ihren Quellenfundus als einen offenen Wissensspeicher, den sie mit der interessierten Öffentlichkeit teilt. Sie bringt ihre Expertise in Kooperationsprojekte mit anderen Partnern ein. Mit einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit vermittelt sie ihre Rechercheergebnisse in die breitere Öffentlichkeit. Zentrales Publikationsmedium der DokRex ist das Journal RECHTS.GESCHEHEN, das jährlich in vier Ausgaben erscheint.¹² Die einzelnen Hefte enthalten neben einer umfassenden *Chronik* der Ereignisse des letzten Quartals wechselnde Themenschwerpunkte mit Reportagen, Analysen, Porträts und Buchbesprechungen. Zunächst auf den deutschen Sprachraum fokussiert, berücksichtigt das Journal zunehmend auch internationale Entwicklungen.

Auf die leitenden Schlagworte des vorliegenden Tagungsbandes *vertrauen – vermitteln – vernetzen* bezogen, lässt sich die Tätigkeit der DokRex folgendermaßen zusammenfassen:

vertrauen: Der Aufbau, die Sicherung und das Management von großen Wissensbeständen sind archivische Kernkompetenzen, die die DokRex als vertrauenswürdige Partnerin von Politik und Zivilgesellschaft ausweisen. Zugänglichkeit ist ein konstitutiver Bestandteil archivarischen Tuns. Politisches Neutralitätsgebot mit klarem demokratischen Wertekanon gewährleisten die parteipolitische Unabhängigkeit.

vermitteln: Die DokRex kann auf die Kompetenzen des Generallandesarchivs im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit zurückgreifen. Mit ihren Angeboten erweitert sie den Kreis der traditionellen Zielgruppen archivarischer Angebote. Zugleich erprobt sie neue Formate der Vermittlung.

vernetzen: Als Einrichtung zwischen den etablierten Akteuren im Bereich der Rechtsextremismusforschung kann die DokRex eine Brückenfunktion einnehmen zwischen den Einrichtungen der *Sicherheitsarchitektur*, den politischen Entscheidungsträgern und Gruppen der Zivilgesellschaft.

Sicher ist die DokRex ein Sonderbereich im Tableau archivischer Tätigkeiten, die jedoch Schnittstellen zur traditionellen Handlungsfeldern aufweist. Die eingangs diskutierte Positionierung von Archiven im gesellschaftlichen Framing lässt sich abschließend folgendermaßen umschreiben: Archive sind Sachwalter gegen das Vergessen. Sie beteiligen sich am Diskurs der Gegenwart über Vergangenes. Damit beziehen sie klare Standpunkte in der Formulierung der Narrative des Erinnerens. Dadurch werden Archive nicht zu politischen Einrichtungen, aber sie werden hör- und sichtbar im öffentlichen Diskurs – auch oder gerade, weil die Deutung von Geschichte (wieder) Teil politischer und gesellschaftlicher Deutungskämpfe geworden ist.

¹² Vgl. <https://www.landesarchiv-bw.de/de/themen/-dokumentationsstelle-rechtsextremismus/73098>.